

# Um eine Blausee-PUK kommt die BLS wohl herum

**SP zieht Antrag zurück** Der Grosse Rat muss beim Umweltskandal Blausee über eine PUK entscheiden, die Grünen fordern eine solche.

Haben die Behörden versagt bei der illegalen Entsorgung von teilweise giftigem Bahnschotter der BLS in der Nähe des Blausees? Wer hat eine Polizeirazzia in dem betroffenen Steinbruch des Vigier-Konzerns kurzfristig abgesagt? Welche Rolle spielt die Schotterentsorgung bei der Kostenexplosion der Lötschbergtunnel-Sanierung durch den Baukonzern Marti? Diese Fragen stehen im Raum beim grössten Umweltkrimi im Kanton Bern seit Jahren.

Wenigstens in dieser Affäre kann die BLS ein bisschen aufatmen. Denn eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zum Blausee dürfte es vorläufig nicht geben. Dies zeigt eine Umfrage bei den Parteien, die bislang den Umweltskandal vom Subventionsbetrug der BLS unterscheiden. Die SP will vor der in den nächsten Tagen geplanten Abstimmung im Grossen Rat gar ihren Antrag auf Einsetzung

des schärfsten Kontrollorgans des Parlaments im Fall Blausee zurückziehen.

Eine deutliche Mehrheit des Grossen Rates will diese Geschichte von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) aufklären lassen. Schliesslich läuft nach dem Fischsterben im Blausee durch allenfalls vergiftetes Grundwasser auch bereits ein Strafverfahren, und auf Bundesebene sind ebenfalls Vorstösse zur politischen Aufarbeitung hängig. Nur wenn die GPK bei der Prüfung des Falles scheitern sollte, dann wäre eine PUK wieder ein Thema, so der Grundtenor.

## Spezielle Rechte

Dabei hätte eine PUK spezielle Rechte: Sie könnte Behördenmitglieder und Privatpersonen als Zeugen vernehmen und die Herausgabe sämtlicher Akten des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Justizbehörden voraussetzungslos ver-

langen. Bislang gab es erst eine PUK im Kanton, nämlich 2004 zur Bernischen Lehrerversicherungskasse.

SP-Grossrätin Andrea Zryd sagt zum Rückzieher, ihre Fraktion sei zur Ansicht gelangt, dass die GPK jetzt die richtige Institution sei, um die Blausee-Affäre staatspolitisch auszuleuchten und dann die Konsequenzen zu ziehen. Die GPK sei bereits an der Arbeit und habe faktisch die gleichen Rechte wie eine PUK. Sie komme auch zu den benötigten Akten, sagt Zryd.

Warum stand denn für die SP überhaupt eine PUK zur Debatte? Als die Berner Zeitung zusammen mit der SRF-«Rundschau» den Umweltskandal aufgedeckt hat, sei es wichtig gewesen, dass die Politik sofort reagiere, sagt Zryd. Es sei damals fraglich gewesen, ob die GPK den grossen Aufwand stemmen könne, um den womöglich fahrlässig verursachten Umweltskandal

sowie das Versagen von Behörden und möglicherweise auch Justiz und Polizei gründlich aufzuklären.

Die GPK bildete dann aber kurzum einen Untersuchungsausschuss für die Affäre. Bis eine PUK tätig werden könnte, werde es mindestens Januar 2021, hält Zryd fest. Sie ist selber Mitglied der GPK, nicht aber des Untersuchungsausschusses. Die SP-Grossrätin betont, die Affäre müsse unabhängig von der Frage GPK oder PUK «mit aller Schärfe» untersucht werden.

## Grüne halten dagegen

Die SP stellt sich nun auf die Seite der meisten anderen Parteien, welche von Anfang an die GPK mit der Affäre betrauen wollten. Weil diese schneller starten könne und erst noch als ständig tätige Kommission weniger Zusatzkosten verursache.

Einzig die Grünen fordern weiterhin eine PUK. Diese brau-

che es, bekräftigt Grossrätin Natalie Imboden. Die PUK sei das richtige Mittel für solche «Vorkommnisse von grosser Tragweite», wo nicht nur die Sachverhalte geklärt, sondern insbesondere auch eine politische Wertung gemacht werden müsse.

Im vorliegenden Fall gehe es im Kern um die kantonseigene BLS, aber auch um die Rolle der Regierung bei der Aufsicht über das ÖV-Unternehmen und der Einhaltung des Umweltrechts. Hinzu kommen Fragen zu den Kriterien für die öffentliche Ausschreibung von Bahninfrastrukturbauten. Inzwischen habe sich der Fall von einer Causa Blausee erweitert in eine Causa BLS/Marti/Vigier und Wahrnehmung der Aufsicht durch den Kanton, sagt Imboden.

## BLS mauert

Erstausfindet Imboden auch die Haltung der BLS AG: Das ÖV-Unternehmen gehört zwar mehr-

heitlich (55,8 Prozent) dem Kanton Bern. Doch für die Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels sei die BLS Netz AG zuständig. Und weil diese Infrastrukturfirma mehrheitlich dem Bund gehört und von Bundesgeldern finanziert wird, relativiert das ÖV-Unternehmen die Zuständigkeit des Kantons in der Blausee-Affäre: Es gehe hier um öffentliche Aufgaben für den Bund und nicht für den Kanton.

Sollte der Grosse Rat eine Blausee-PUK einsetzen, dann würde die BLS für eine Auskunftserteilung «gemäss dem geltenden Rechtsrahmen zur Verfügung stehen». Allfällige Anfragen der GPK würde das Unternehmen «prüfen». Eine lückenlose Aufklärung scheint so nicht garantiert. Für die grüne Grossrätin Natalie Imboden scheint es daher umso mehr notwendig, eine PUK einzusetzen.

**Julian Witschi**